

The SPD logo is a red square with the white letters 'SPD' inside.A portrait of Johann Saathoff, a man with short brown hair, wearing a dark suit jacket over a light blue shirt. He is smiling and standing in front of the Reichstag building in Berlin. The building's dome and classical architecture are visible in the background under a clear blue sky. German and European Union flags are also visible.

Newsletter von
Johann Saathoff, MdB
mit Berichten aus Berlin und der Region

Norden, 27. Februar 2020

www.johann-saathoff.de

Ausgabe 01/2020

A handwritten signature in blue ink that reads 'Mein Mitbrannter!'.

Die letzten Tage und Wochen waren geprägt von rechtem Terror und rechter Gewalt. Die rassistischen motivierten Morde von Hanau müssen uns alle endgültig wachrütteln. Mein großes Mitgefühl gilt den Opfern und ihren Angehörigen. Wir müssen nun als Demokraten zusammenstehen und geschlossen gegen jede Form des Rassismus kämpfen.

Dazu gehört auch die klare Abgrenzung gegenüber der AfD. Sie agiert immer wieder ganz gezielt als Brandstifter und fördert durch ihre Debatten(un)kultur

rechtsradikales Gedankengut. Mit dieser Partei darf es keine Zusammenarbeit geben. Das muss für alle demokratischen Parteien gelten.

Dabei stimmt es mich aber sehr hoffnungsvoll, dass nach der erschreckenden Ministerpräsidentenwahl in Thüringen so viele Menschen ihre Empörung auf die Straße gebracht haben und für unsere Demokratie eingestanden sind.

Lasst uns gemeinsam weiter für unsere demokratischen Grundwerte kämpfen und den Rassisten entschlossen entgegentreten!

Viel Spaß beim Lesen!

A handwritten signature in blue ink that reads 'Johann Saathoff'.

Endlich offiziell: Überwasserschiffbau ist Schlüsseltechnologie

Das Bundeskabinett hat endlich entschieden, dass der Marineüberwasserschiffbau eine nationale Schlüsseltechnologie ist. Es freut mich sehr, dass sich das jahrelange Nachhaken beim Verteidigungsministerium ausgezahlt hat. Deutschland muss auch künftig Standort für Marineschiffbau bleiben - und das entlang der gesamten Küste von der niederländischen bis zur polnischen Grenze.

Die Bestätigung erfolgte bei der Überarbeitung des Strategiepapiers der Bundesregierung zur Stärkung der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie. Dieser Entscheidung sind jahrelange Verhandlungen zwischen dem Bundestag und dem Bundesverteidigungsministerium

vorangegangen. Sowohl in den letzten Maritimen Anträgen des Parlaments als auch im Koalitionsvertrag war die Einstufung des Überwasserschiffbaus als Schlüsseltechnologie bereits vereinbart.

Hintergrund der Einstufung als Schlüsseltechnologie ist die industrie- und sicherheitspolitische Bedeutung eines leistungsstarken Marine-Überwasserschiffbaus für Deutschland. Für Schlüsseltechnologien können Beschaffungsverfahren vereinfacht werden und internationale Ausschreibungen vermieden werden. Die Arbeitsplätze in der Marine-Überwasserschiffbauindustrie für Neubauten und Instandsetzungen sollen auch zukünftig in ganz Deutschland erhalten bleiben.

Die Grundrente kommt!

Das Bundeskabinett hat am 19. Februar 2020 den Entwurf des Grundrentengesetzes beschlossen.

Mit der Einführung der Grundrente packt die Bundesregierung eine große Sozialreform an, die lange erwartet wird: Viele Menschen sind sich nicht sicher, ob ihre Altersvorsorge für ein auskömmliches Leben im Ruhestand reicht oder ob sie auf zusätzliche finanzielle Hilfe des Staates angewiesen sein werden. Mit der Grundrente wollen wir das Vertrauen in unser gesetzliches Rentensystem wieder stärken.

Der Beschluss zur Grundrente ist eine gute Nachricht für alle, die viele Jahre hart gearbeitet, Kinder erzogen und Angehörige gepflegt, aber wenig verdient haben. Mit der Grundrente werden rund 1,3 Millionen Rentnerinnen und Rentner, vor allem Frauen und viele Menschen in Ostdeutschland, eine spürbar höhere Rente haben.

Damit erneuern wir das Grundversprechen unseres Sozialstaates: Wer jahrzehntelang in die Rentenversicherung eingezahlt hat, soll eine Rente bekommen, die im Normalfall das Auskommen im Alter sichert. Das ist eine Frage des Respekts vor der Lebensleistung und damit ein wichtiger Beitrag zu sozialer Gerechtigkeit und für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft.

Konkret bedeutet die Grundrente: Viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die ein niedriges Einkommen hatten und davon Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung zu leisten hatten, werden einen Zuschlag auf ihre Rente erhalten.

Voraussetzung für den Zuschlag sind mindestens 33 Jahre Grundrentenzeiten. Als Grundrentenzeiten werden die Zeiten berücksichtigt, in denen Pflichtbeiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung zu zahlen waren, zum Beispiel aufgrund einer versicherungspflichtigen Beschäftigung oder selbstständigen Tätigkeit. Auch Zeiten der Kindererziehung und Pflege gehören dazu. Zeiten der Arbeitslosigkeit mit Bezug von Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe oder Arbeitslosengeld II zählen nicht als Grundrentenzeiten. Sie werden aber schon jetzt auf andere Weise bei der Berechnung der Rente berücksichtigt.

Die Grundrente soll zielgenau die Menschen erreichen, die trotz harter Arbeit wenig verdient haben. Deshalb muss der Durchschnittswert der „Grundrentenbewertungszeiten“ des gesamten Versicherungslebens unter 80 Prozent des Durchschnittsverdienstes liegen. Als „Grundrentenbewertungszeiten“ zählen dabei aber nur die Zeiten, in denen der Verdienst mindestens bei 30 Prozent des Durchschnittsverdienstes liegt.

Um die volle Grundrente zu erhalten, müssen 35 Jahre an Grundrentenzeiten vorliegen. Wenn mindestens 33 Jahre, aber weniger als 35 Jahre erreicht werden, wird die Grundrente aufwachsend berechnet.

Niemand muss einen Antrag auf Grundrente stellen. Um die neue Leistung möglichst allen zukommen zu lassen, die sie benötigen, ist das Verfahren für die Rentnerinnen und Rentner bewusst so unbürokratisch und bürgerfreundlich wie möglich gestaltet: Von der Deutschen Rentenversicherung wird selbständig geprüft, ob eine Rentnerin oder ein Rentner die Voraussetzungen erfüllt und dem Grunde nach einen Anspruch auf einen Zuschlag auf die Rente hat.

Die Grundrente gibt es nicht bedingungslos, sie wird aber ohne Prüfung der Bedürftigkeit gezahlt. Denn der Anspruch auf Grundrente wurde durch lange Jahre Beitragspflichtiger Arbeit erworben. Es findet daher auch keine Vermögensprüfung statt. Erspartes und Wohneigentum bleiben erhalten. Aber zusätzliche Einkommen (zum Beispiel aus privater Altersvorsorge, Vermietung, Zinsen oder andere Kapitaleinkünfte) werden bei der Grundrente berücksichtigt. Allerdings erst, wenn das zu versteuernde Einkommen einen Freibetrag von 1.250 Euro (Alleinstehende) oder 1.950 Euro (Paare) überschreitet.

Berücksichtigt werden zudem der steuerfrei gestellte Anteil der Rente und der Versorgungsfreibetrag. Der übersteigende Betrag wird dann zu 60 Prozent auf den Grundrentenzuschlag angerechnet. Erst ab einem Einkommen von 1.600 Euro (Alleinstehende) oder 2.300 Euro (Paare) wird zusätzlich das über diesen Betrag hinausgehende Einkommen vollständig auf die Grundrente angerechnet. Die dafür notwendigen Daten werden von der Rentenversicherung bei den Finanzbehörden automatisch angefordert und die Rentnerin oder der Rentner um Ergänzung der Angaben gebeten.

Der Zuschlag zur Rente sorgt dafür, dass nach einem Leben voller Arbeit die Rente in der Regel oberhalb der Grundsicherung im Alter liegen wird.

Eine höhere Rente kann gleichwohl Auswirkungen auf die Höhe ergänzender Sozialleistungen haben. Deswegen sind im Gesetzentwurf Freibeträge vorgesehen, damit die Grundrente bei anderen Sozialleistungen nicht voll als Einkommen angerechnet wird.

Bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit gibt es einen Freibetrag von 100 Euro bis maximal 216 Euro. Das stellt für langjährige Versicherte mit mindestens 33 Jahren Grundrentenzeiten sicher, dass das Alternseinkommen über der Grundsicherungsgrenze liegt. Der gleiche Freibetrag gilt auch beim Wohngeld für alle, die mindestens 33 Jahre in der gesetzlichen Rentenversicherung oder einem anderen verpflichtenden Alterssystem versichert waren.

Schülerinnen und Schüler der Schule am Extumer Weg in Aurich besuchen den Deutschen Bundestag



Zunächst hatte die Gruppe die Möglichkeit, die Plenardebatte zum Thema Organspende zu verfolgen. Anschließend diskutierte ich mit ihnen - zuerst über das Thema Organspende. Danach stellte die gut vorbereitete Gruppe unter anderem Fragen zu meinen Wünschen

und Plänen als Abgeordneter, zur Klimapolitik, zum Problem Mikroplastik im Meer und zum Umgang mit der AfD.

Wie immer ging es zum Schluss noch rauf auf die Kuppel des Reichstags für ein gemeinsames Foto.

IGS Krummhörn zu Gast im Deutschen Bundestag



77 Schülerinnen und Schüler haben zusammen mit Ihren sechs Lehrerinnen und Lehrern auf meine Einladung den Reichstag in Berlin besucht und mit mir im Fraktionssaal der SPD diskutiert. Beim Gespräch ging es unter anderem um die Fördermöglichkeiten für

Privatpersonen beim Bau von Erneuerbaren-Energie-Anlagen, um die Demonstrationen der Landwirte und um meine plattdeutsche Rede aus dem Februar 2018. Ich staune, welchen Eindruck diese Rede auch nach zwei Jahren noch macht.

Gäste aus Wiesmoor



Der ehemalige Wiesmoorer Bürgermeister Alfred Meyer hat zusammen mit 43 Ostfriesen den Deutschen Bundestag in Berlin besucht und mit mir im Fraktionssaal der SPD diskutiert. Alfred Meyer hatte die Berlinfahrt für viele ehemalige Hauptverwaltungsbeamte und deren Angehörige aus Anlass der Grünen Woche organisiert.

Beim Gespräch ging es unter anderem um die Größe des Parlaments und die Probleme, die eine Wahlrechtsreform mit sich bringt, sowie die Klimapolitik der Bundesregierung. Und auch meine plattdeutsche Rede, die ich im Februar 2018 vor dem Deutschen Bundestag gehalten hatte, war Thema.

Krummhörner Lions im Bundestag



Zehn Mitglieder des Lionsclubs Krummhörn haben mich bei ihrer Berlinfahrt im Bundestag besucht. Nachdem sie eine Bundestagsdebatte verfolgt hatten, diskutierten wir im Fraktionssaal der SPD über die Größe des Bundestages und die Möglichkeiten einer Wahlrechtsreform, den

Umgang mit der AfD und die Ministerpräsidentenwahl in Thüringen.

Die Lions interessierten sich auch für Verhaltensregeln der Parlamentarier und die einzelnen Abstimmungsformen im Plenarablauf.

„Investitionsstau an den Schulen abbauen“

Digitalpakt Schule: SPD-Bundestagsabgeordnete Marja-Liisa Völlers und Johann Saathoff standen Rede und Antwort



Der Digitalpakt Schule ist nach Ansicht der SPD-Bundestagsabgeordneten Marja-Liisa Völlers „ein weiterer Schritt, um den Investitionsstau an den Schulen abzubauen“. Die Abgeordnete aus dem Kreis Nienburg ist Bildungsexpertin der SPD-Bundestagsfraktion und war auf meine Einladung in den Emdener Kulturbunker gekommen, um in der Reihe „Fraktion vor Ort“ zum 5,5 Milliarden Euro schweren Digitalpakt Rede und Antwort zu stehen. Mehr als 60 Interessierte – darunter viele Lehrkräfte – waren gekommen.

5 Milliarden Euro stellt der Bund zur Verfügung. Da die Bundesmittel als Finanzhilfen gewährt werden, muss sich jedes Bundesland mit zusätzlich 10 Prozent aus eigenen Mitteln in den Digitalpakt einbringen, um die digitale Ausstattung von Schulen zu verbessern. Dabei geht es vor allem um den Aufbau von leistungsfähigen Servern, aber auch um die drahtlose Kommunikation (WLAN) oder die Anschaffung von Geräten wie Smartboards oder Whiteboards für den Unterricht.

Das Geld wird auf Antragstellung zur Verfügung gestellt. Die Schulträger und Schulen entwickeln gemeinsam ein Konzept, wie sie sich die digitale Zukunft vorstellen. Nach Bewilligung des Antrages durch die Kultusministerien der Länder können die Schulen über die Gelder verfügen.

Mit dem Digitalpakt versucht der Bund dabei zu helfen, die Fehler zu korrigieren, „die vor 15 Jahren gemacht

worden sind“ (Völlers). Der Investitionsstau beträgt insgesamt an den deutschen Schulen 35 bis 40 Milliarden Euro.

In der Diskussion ging es vor allem um die Umsetzung der Medienkonzepte vor Ort. Dabei nahm meine Kollegin Marja-Liisa Völlers, die selber Lehrerin ist, kein Blatt vor den Mund: „Die Lehrkräfte in Niedersachsen leisten eine gute Arbeit. Viele haben schon mit Fortbildungen in Sachen digitaler Bildungsmedien begonnen. Allerdings wird dieser Einsatz auch mit ein bisschen Mehrarbeit einhergehen. Ich weiß aber von Kolleginnen und Kollegen an Schulen, die weit fortgeschritten in dem Prozess sind, dass sie mittlerweile auch Zeit und Mühen einsparen können dadurch, zum Beispiel im Bereich der digitalen Vorbereitung, Betreuung und Evaluation der Schülerinnen und Schüler“, so Völlers.

Rico Mecklenburg, Präsident der Ostfriesischen Landschaft, wies in der Diskussion auf die Bedeutung des RPZ in Aurich (Regionales Pädagogisches Zentrum) für die Weiterbildung der Lehrkräfte hin.

Der Digitalpakt finanziere zwar die Anschaffung von Geräten, aber nicht die Wartung. „Dafür brauchen wir so genannte Bildungstechnologen, wie es zum Beispiel in Estland bereits praktiziert wird. Dort übernehmen pädagogisch und technisch ausgebildete Fachkräfte die Wartung der digitalen Infrastrukturen an den Schulen - das ist ein Weg“, meinte Völlers abschließend.

Gegen den Missbrauch von Kindern als Soldaten



Gerne habe ich an der Aktion „Rote Hand“ der Kinderkommission des Deutschen Bundestages teilgenommen, um auf den Missbrauch von Kindern als Soldaten hinzuweisen.

Immer noch werden Minderjährige in vielen Ländern als Kindersoldaten eingesetzt. Sie erfahren schon in jungen Jahren Unvorstellbares und werden in den Kriegen von Erwachsenen in tödliche Kämpfe geschickt, müssen lebensgefährliche Botengänge übernehmen, Sklavendienste leisten oder werden als Sexsklaven missbraucht. Gegen diesen furchtbaren Missbrauch von Kindern und Jugendlichen habe ich mit einem roten Händedruck ein Zeichen gesetzt.

Die gesammelten roten Händedrucke werden von der Kinderkommission an die UN-Sonderbeauftragte für Kinder und bewaffnete Konflikte, Virginia Gamba, als Signal des Deutschen Bundestages gegen den Einsatz von Kindersoldaten übersandt.

20 Fragen zur EU



Für ein Schulprojekt befragten mich die Schülerinnen Lara Duffert und Sina Erdwiens aus der Klasse 10c der Integrierten Gesamtschule Marienhofe/Moorhusen in meinem Emdener Wahlkreisbüro zum Europäischen Parlament.

Mir war ganz wichtig, auf einen Punkt hinzuweisen: Europa bedeutet Frieden, und Frieden ist nicht selbstverständlich. Und so lange liegt der Zweite Weltkrieg noch nicht zurück. Die beiden Schülerinnen werden das Interview ihrer Klasse präsentieren.

Antrittsbesuch beim neuen Auricher Bürgermeister



Zum gemeinsamen Antrittsbesuch war ich mit dem Landtagsabgeordneten Wiard Siebels (l.) im Auricher Rathaus beim neu gewählten Bürgermeister Horst Feddermann. Mit dabei war auch die Vorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion Ingeborg Hartmann-Seibt. Horst Feddermann bedankte sich für unseren Besuch und den Austausch bei einer Tasse Tee, um einige wichtige Themen für die Stadt Aurich besprechen zu können. Unter anderem haben wir über die Lage der Windenergiebranche, insbesondere bei der Firma Enercon, die Infrastruktur in Aurich und die Haushaltslage der Stadt gesprochen. Wir werden in Kontakt bleiben!

Jasmin Hillmann fliegt in die USA



Die 15-jährige Jasmin Willmann aus Dornum verbringt als Austauschschülerin ein Jahr in den USA. Sie nimmt an einem Austauschprogramm des Deutschen Bundestages und des US-amerikanischen Kongresses teil. Dafür hatte sie sich bei mir beworben.

Jasmin wird in den USA zur Schule gehen, den Alltag in Amerika kennenlernen und hat auch die Aufgabe, eine jugendliche Botschafterin für Deutschland in den USA zu sein.

Ich bin sicher: Jasmin wird eine würdige Vertreterin sein. Ich wünsche ihr eine tolle, spannende Zeit in den USA.

Danke fürs Vertrauen: Einstimmig bin ich wieder zum Vorsitzenden der SPD-Landesgruppen Niedersachsen/Bremen gewählt worden.

Mit 22 Abgeordneten ist unsere Landesgruppe die zweitgrößte in der SPD-Bundestagsfraktion und hat damit großen Einfluss. Mit Bundesminister Hubertus Heil, SPD-Generalsekretär Lars Klingbeil, dem Vizepräsident des Deutschen Bundestages Thomas Oppermann, dem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Matthias Miersch,

den parlamentarischen Staatssekretärinnen Caren Marks und Sarah Ryglewski sowie zahlreichen Sprecherinnen und Sprechern von Ausschussarbeitsgruppen sind die Abgeordneten aus Niedersachsen und Bremen in zahlreichen wichtigen Gremien innerhalb der Fraktion und der Partei vertreten.



Dem Vorstand der SPD-Landesgruppen Niedersachsen/Bremen gehören neben mir weiterhin die Stellvertreterin Kerstin Tack (Hannover, 3.v.l.), sowie die Stellvertreter Falko Mohrs (Braunschweig, l.) und Lars Klingbeil (Nordniedersachsen, r.) an.

Neu im Vorstand ist der Bremer Abgeordnete Uwe Schmidt (2.v.r.), der für die parlamentarische Staatssekretärin Sarah Ryglewski zukünftig die Interessen der Hansestadt innerhalb des Landesgruppenvorstandes vertritt. Alle Mitglieder des Vorstandes wurden einstimmig gewählt.

Kontakt Wahlkreisbüro:

Wahlkreisbüro Johann Saathoff, MdB

Burggraben 46, 26506 Norden

Tel: 04931 - 4417

Fax: 04931- 930 16 73

johann.saathoff.ma03@bundestag.de

Kontakt Büro Berlin:

Johann Saathoff, MdB

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel: 030 - 227 - 73 155

Fax: 030 - 227 - 70 155

johann.saathoff@bundestag.de



Impressum

Büro Johann Saathoff, MdB | Platz der Republik 1 | 11011 Berlin | Tel./Fax (030) 227-73155/-70155

johann.saathoff@bundestag.de | www.johann-saathoff.de

Redaktion

Wiebke Doesken, Heiner Schröder, Torsten Stein, Kornelia Urban und Sabine Zimmermann